



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Literaturblatt : politische Broschüren.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

entschiedene Begabung, episches Detail lebhaft zu empfinden und darzustellen, so sei sie auch im Interesse der Kunst artig gebeten, etwas für ihr Talent zu thun. Von der Technik der lyrischen Poesie kennt sie viel zu wenig, ihr Vortrag ist zu flüchtig und ungenau; Flichwörter und störende Incorrectheiten in der Sprache verlegen überall. Noch ist sie nichts, als eine Dilettantin, und ihr Recht, poetische Einfälle den Gebildeten vorzulegen, kann bezweifelt werden; aber sie hat offenbar das Zeug, etwas Besseres zu werden. Das kann sie nur auf einem Wege erreichen. Sie muß all den falschen Glitterstaub ihrer Bilder und Vergleiche wegwerfen und darnach trachten, eine lebhaft empfundene, oder einen interessanten Eindruck mit den einfachsten Worten zuerst in Prosa, dann in Versen auszudrücken. Das Geschriebene muß sie genau durchdenken, die einzelnen Zeilen und Wörter sorgfältig prüfen, und keine Ungenauigkeit in der poetischen Anschauung, keinen schielenden Ausdruck, keinen Sprach- und Versfehler dulden.

L i t e r a t u r b l a t t.

Politische Broschüren.

Reden und Proclamationen des Professors und königlich sächsischen Ministers Ludwig v. d. Pfordten. Gesammelt und zur Würdigung seiner Wirksamkeit als bayer. Minister herausgegeben. Leipzig, D. Wigand.

Der Zweck des Büchleins liegt vollständig in dem vorausgeschickten Motto, welches dem Renegatenspiegel von A. Grün entnommen ist: „Heilige Redensart, dir dank' ich Ehren, Macht und Goldgewinn.“ — Es zeigt sich aus dieser Sammlung, daß Herr v. d. Pfordten in seiner sächsischen Laufbahn, wo er es mit den Radicalen zu thun hatte, andere Redensarten anzuwenden pflegte, als in Baiern, wo er fast als Geschäftsträger der jesuitischen Partei angesehen werden kann.

An sich würde das noch nicht hinreichen, einen politischen Charakter zu verurtheilen. In aufgeregten Zeiten, wo man es mit Kammern zu thun hat, in denen ein Schaffrath und Joseph bei Weitem die Gemäßigtesten sind, und wo es doch das Wohl des Vaterlandes fordert, oder zu fordern scheint, daß man nicht unbedingt mit diesen Kammern bricht, kann es wohl geschehen, daß man Phrasen anwenden muß, die sonst ein gebildeter und verständiger Mensch nicht in den Mund nimmt; und man ist deshalb noch nicht inconsequent, wenn man später, in gebildeter Gesellschaft, andere Redensarten gebraucht. Auch eine wirkliche Inconsequenz, der Uebergang von einer Ueberzeugung zu der andern, kann unter Umständen einem Staatsmann zur Ehre gereichen, wenn der Uebergang mit dem nöthigen Ernst geschieht, und wenn der Werth der neuen Ueberzeugung ein höherer ist, als der der frühern. Das Letztere ist die Hauptsache.

Ich finde Herrn v. d. Pfordten nicht wegen seiner Inconsequenz zu tadeln, sondern wegen seiner Consequenz im Schlechten. Er ist in Sachsen Particularist gewesen, wie in Baiern. — An sich ist der Particularismus nichts Verwerfliches. Es kommt darauf

an, welchen Werth das Besondere, das man vertritt, im Verhältniß zu dem Allgemeinen hat, gegen das man sich sträubt. Gegen die Großdeutschen, welche um der abstracten Idee des einigen Deutschlands willen die widersprechendsten staatlichen Elemente in einen Topf werfen wollen, unbekümmert, was daraus hervorgehen sollte. — und bis zum October 1848 war das ganze Parlament großdeutsch, das möge man nicht vergessen — haben wir sehr entschieden die Fahne des preussischen, norddeutschen, protestantischen Particularismus aufgesteckt; und, sobald der neue heilige Bundestag zu Stande gekommen sein wird, werden wir wiederum ganz determinirte Particularisten werden, Welsen gegen die modernen Ghibellinen, und die ganze liberale Partei wird uns darin folgen.

Auch unsern Gegnern müssen wir so lange das Recht einräumen, Particularisten zu sein, als in ihrem Particularismus ein positives, sittliches Moment liegt, und als das Allgemeine, dem sie sich unterordnen sollen, eine unklare und unbestimmte Form behält. Ich habe mich z. B. nie entschließen können, dem Verdammungsurtheil beizutreten, welches unsere Partei gegen Stüve gefällt hat, obgleich ich nicht leugne, daß Stüve unser gefährlichster Feind gewesen ist. Aber wenn eine Regierung sich sagen kann, daß es ihr gelungen ist, in dem eignen Lande einen leidlich geordneten und verständigen Zustand zu erhalten, während all ihre Nachbarn sich wie besessen geberden, wenn ihr noch dazu als Träger der deutschen Partei ein Ministerium Manteuffel entgegentritt, von dem Keiner weiß, was seine eigentliche Gesinnung, sein eigentlicher Plan ist, so wird man es, ich will nicht sagen gerechtfertigt, aber begreiflich finden, wenn sie sich nicht eben beeilt, ein Verhältniß, das sie vollkommen übersteht, gegen ein anderes aufzugeben, bei dem sie sich wenigstens vorläufig nichts Bestimmtes denken kann.

Aber bei Hrn. v. d. Pfordten ist der Fall ein anderer. Ich kann mir einen sächsischen, ich kann mir einen bairischen Patriotismus denken, der sich gegen die deutsche Einheit sträubt, sobald diese aus dem Gebiet der Redensarten in das Gebiet der Thatfachen übergeht; aber einen sächsisch-bairischen Patriotismus kann ich mir nicht denken. Als sächsischer Minister hatte Hr. v. d. Pfordten allerlei Pläne vor, Altenburg u. s. w. zu occupiren, als bairischer möchte er Baden nehmen. Das ist nicht organischer Patriotismus, das ist abstracter Dienstfeifer, der dem Augenblick huldigt. Es bleibt bei dieser Art Particularismus zuletzt nur ein negatives Moment, die Abneigung gegen Preußen, die später, wenn Preußen sich mit Oestreich einigen sollte, leicht in Rheinbundsgelüste ausarten könnte. Es ist eine Geschäftigkeit ohne Inhalt, die zu den abenteuerlichsten „Mißgeburten“ führt, und die überall nur hemmen, nirgend fördern kann.

Es ist dabei noch ein anderer Umstand zu bedenken. Eine Partei wird nicht durch einen einzelnen, endlichen Zweck zusammengebracht, sondern durch die Totalität ihrer Zwecke. Die liberal-conservative Partei bestand lange vor Gotha. Wenn sich Herr v. d. Pfordten gegen sie zuerst mit den sächsischen Radicals, dann mit den Oestreichern und den Jesuiten verbindet, und seine neuen Verbündeten durch Ausdrücke wie „Wölfe in Schafskleidern“ und „Revolutionärs in Glaeshandschuhen“ amüßirt, so wird er durch dieses Janusgesicht seine Stellung nicht verbessern. Vorläufig ist es nur die Kreuzzeitung, die ihn als abtrünnigen Spießgesellen Robert Blum's verachtet; aber der eigentliche Ultramontanismus wird damit auch nicht auf sich warten lassen, wenn seine Zeit gekommen ist. Wenn sich Hr. v. d. Pfordten nicht entschließt, seine Bekehrung zu vervollständigen, z. B. in den Schoß der allein seligmachenden Kirche zu treten, oder als

Agent Oestreichs zu fungiren, so wird man ihn nächstens wegwerfen, wie eine ausgequetschte Citrone.

Die Revolution, ihre Früchte, die Politik, die Reform. Von Bülow-Gummerow.
Berlin, W. Herz.

Herr v. Bülow-Gummerow hat sich in den vormärzlichen Zeiten für Preußen fast einen ähnlichen Namen gemacht, als Herr v. Andrian für Oestreich. Auch der Gesichtspunkt, von dem Beide ausgingen, hatte etwas Aehnliches: Beide traten für die einzelnen, beschränkten, natürlichen Functionen des Staatslebens gegen die Verallgemeinerungspläne des künstlichen Staats, des Beamtenthums in die Schranken. Damals war eine zusammenhängende Besprechung von Dingen, die dem „beschränkten Unterthanenverstand“ eigentlich fern liegen sollten, noch etwas Neues. Aber noch in den alten Zeiten überwarf er sich mit den eigentlichen Liberalen, pflanzte die Fahne der Aristokratie auf und verlangte die „Vertretung der Interessen“. Vertretung der Interessen ist eine Redensart, so gut und so schlecht, wie eben eine Redensart sein kann. Um etwas daraus zu machen, würde eine factische Sonderung von Interessen, die vertreten werden könnten, vorauszusetzen sein. Nun gibt es wohl Conflictte von Interessen, aber keine politischen Corporationen, die nichts wären, als die Träger eines bestimmten Interesse. — Nach der Revolution gehörte er zu den eifrigsten Theilnehmern an der Gesellschaft für die Wahrung des Eigenthumsrechts, die namentlich gegen die Hansemann'schen Operationen gerichtet waren.

Nun tritt er mit seiner alten Theorie der Interessen wieder auf und findet, daß sich mit einer Volksvertretung, wie die jetzige, vom Ministerium Manteuffel octroyirte, nicht regieren lasse. Also fort damit! „Sie auf gesetzlichem Wege zu ändern, wird bei der Richtung der Majorität der zweiten Kammer schwer zu erreichen sein. Zwar hat der Monarch den Eid auf die Verfassung nur mit Vorbehalt (!!) geleistet, daß er hoffe, sie würde zum Wohl seines Volkes führen (!); dennoch erscheint eine Octroyirung sehr bedenklich (!), bis die äußerste Noth keine andere Wahl mehr läßt (!); dann könnte es aber leicht zu spät sein.“ Ist das nicht eine heitere Art, wie die christlich-germanische Partei den Eid auffaßt? — Aber das ist noch nicht genug.

Was hat Herr v. Bülow eigentlich an der gegenwärtigen Vertretung auszusetzen?

Einmal hat sie einige schlechte Gesetze, die ihr vom Ministerium vorgelegt wurden, angenommen*). — Also würden sie auch wohl Gesetze geworden sein ohne die Kammer, welche das Interesse der conservativen Partei vertrat, die gegenwärtige Regierung zu unterstützen.

Der Hauptgrund ist aber ein anderer. „Unsere Verfassung, wie sie jetzt factisch besteht, ist keine rein monarchisch-constitutionelle. Zwar hat sie eine solche werden sollen, allein das preußische Volk hat sie bei den Wahlen in eine monarchisch-bureaucratische umgewandelt (als ob einmalige Wahlen das Wesen einer Verfassung verändern könnten!), und es würde daher der geleistete Eid nicht verletzt werden, sie in dieser Beziehung zu reformiren.“

Ueber das letztere Argument würde es zu ekelhaft sein, auch nur ein Wort zu verlieren; eine Reform in dieser Beziehung könnte nur darin bestehen, daß man die Wahl von Beamten überhaupt verbietet. — Aber über den Begriff einer Beamtenkammer, in

*) In der Kritik dieser Gesetze treten wir in einigen Punkten dem Verfasser bei.

welchem sich unsere Conservativen mit ihren Freunden, den Demokraten, brüderlich einigen, ist noch Einiges zu bemerken.

Das Wesen einer Vertretung wird nicht durch die Bevollmächtigten bestimmt, sondern durch die Vollmachtgeber. Von einer Beamtenkammer wäre in Preußen auch dann noch keine Rede, wenn sämtliche Deputirten Beamte wären. Wenn der Bauer für gut findet, zum Vertreter seiner Interessen einen Mann zu wählen, dem er größere Einsicht in das Technische zutraut, als seinen eignen Standesgenossen, so liegt darin sowenig eine Beamtenvertretung, als in der Vollmacht, welche der Kläger seinem Advocaten, einem Justizbeamten ertheilt. Wie die politische Bildung bis jetzt in Preußen beschaffen ist, wird man in den meisten Fällen einen geschulten Bureaukraten, mit dem man sonst in der Hauptsache einig ist, einem andern Candidaten vorziehen. Das gilt von allen Parteien. Daneben wird in Fabrikdistricten der größere Fabrikant, in den ackerbau-treibenden der gebildete Gutsbesitzer doch seine Stelle finden, und das Verhältniß wird sich mit jeder Wahl bessern. Mehr und mehr wird die Gemeinde- Stadt- und Kreisverwaltung die Staatsverwaltung absorbiren, und wenn man dann noch die Beamten des Volks als ungeeignete Vertreter des Volks wird darstellen wollen, weil sie sich auf doppelte Weise das Vertrauen ihrer Mitbürger erworben haben, so wird man sich vollends lächerlich machen.

✓—1. Das Mißtrauensvotum der zweiten Kammer. Von einem Namenlosen. Berlin, W. Herz.

Der Namenlose, bereits Verfasser eines „Sendschreibens an Herrn Professor Dahlmann“ über das Steuerbewilligungsrecht preussischer Kammern, legt sich die Frage vor, was die Regierung thun sollte, wenn die Kammern nach dem 3. Januar auf das Mißtrauensvotum, welches vor ihrer Vertagung so gut wie durchgegangen war, noch einmal zurückkommen sollten. Daß er eine Auflösung der Kammern und Neuwahl für nicht sehr zweckmäßig hält, läßt sich von einem Mitglied der äußersten Rechten erwarten. Er findet endlich, daß die Minister am besten thäten, wenn sie das Mißtrauensvotum, welchem voraussichtlich die erste Kammer nicht beitreten würde, ruhig ad acta legten, wie es Lord Palmerston mit einem ähnlichen Votum des Oberhauses gethan hat, welches sich gleichfalls auf die auswärtigen Angelegenheiten bezog. Der Vergleich hinkt aber auf beiden Beinen. Einmal geht dieses geringschägige Verhalten Lord Palmerston's gegen das Votum des Oberhauses nicht aus einer Geringschägung des Parlaments, sondern aus einer Geringschägung des Oberhauses hervor, dessen Beschlüsse in der öffentlichen Meinung bereits so wenig Gewicht haben, daß man sie ungestraft ad acta legen kann. Sodann kann man wohl zugeben, daß ein verständiges Parlament sich so wenig als möglich in die auswärtigen Angelegenheiten mischen wird, muß aber behaupten, daß Preußen noch gar nicht in der Lage ist, die deutschen Bundesangelegenheiten als auswärtige Angelegenheiten zu behandeln. Wo man jeden Augenblick neue Karlsbader Beschlüsse gewärtigen kann, würde eine preussische Kammer, die eine Reconstruction des Bundes nicht in den Kreis ihrer Berathungen zöge, verrätherisch gegen das Land handeln. Die wirkliche Wiederherstellung des alten Bundesrechts mit der Ausdehnung, welche Oestreich und noch mehr die Mittelstaaten beabsichtigen, würde die Fortdauer der preussischen Verfassung unmöglich machen. — Der Verfasser geht aber weiter; er fragt sich, was zu thun sei, wenn dem Mißtrauensvotum eine Verwei-

gerung der neuen, durch die Kosten der Mobilisirung der Armee nothwendig gemachten Steuern folgen sollte. Er hofft, das werde nicht geschehen. „Manche werden weiter sehn und im Interesse für die constitutionelle Staatsform sich mäßigen. In der That, wem an der Fortdauer derselben liegt, wird nicht wünschen dürfen, daß die Kammer ohne Noth ihren letzten Trumpf ausspiele.“ Dann setzt er aber hinzu, das solle nicht eine Drohung sein, und scheint einen Staatsstreich zu mißbilligen. Kurz, er bleibt die Antwort so weit schuldig, daß er sich sogar die Möglichkeit eines liberalen Ministeriums ausmalt, und kommt endlich auf den schon im Titel angedeuteten Witz zurück: das Mißtrauensvotum sei nicht etwa $= 0$, sondern $= \sqrt{-1}$, d. h. einer imaginären Größe, welche in dieser Form keinen Sinn hat, deren eigentlicher Werth sich erst bei einer weiteren Rechnung ergeben muß. Worin wir ihm vollkommen beipflichten, mit dem Zusatz, daß es Rechnungen gibt, wo sich dieses $\sqrt{-1}$ als Durchgangspunkt schlechterdings nicht vermeiden läßt. — Das Büchlein ist übrigens pikant geschrieben und sehr lesbar; es wird weder geseufzt noch gebetet, es rührt wohl von einem Edelmann her, der sich aus der Schulzeit an diese und jene Wissenschaften erinnert, und gern damit coquettirt, trotz seiner Ahnen und seiner Verachtung gegen den bon bourgeois.

Neueste Rundschau.

Zum ersten Mal seit dem Bestehen der Kreuzzeitung eitel Jubel und Dank im Lager der Heiligen! Die heilige Allianz ist wieder hergestellt, Hassenpflug zieht siegreich in Kassel ein, vor der Macht der Fürsten weicht das schwache Recht der Stände. — Beiläufig erfahren wir, daß auch in diesen gottseligen Regionen nicht volle Eintracht herrscht. Es gibt unter den Schwarzweißen einen Theil, der wirklich schwarzweiß ist, der auf Preußen etwas hält, und der von Zeit zu Zeit in Harnisch geräth gegen die Freimüthige Sachsenzeitung und die Deutsche Volkshalle; gegen Oestreich und die Ultramontanen. Diesen wird von Hrn. v. Gerlach, zwar indirect, aber sehr ernstlich der Text gelesen. — Wir benutzen die Gelegenheit, um vor einem Mißverständnis zu warnen, das in einer Zeit, wo man mehr auf den Klang der Phrasen, als auf ihren Inhalt sieht, sehr leicht eintreten könnte. Die Kreuzzeitungs-Partei spricht ebenso von einem östreichisch-preußischen Dualismus, wie wir; aber sie versteht das Gegentheil darunter. Sie will eine gemeinsame Vertretung Deutschlands nach Außen durch Oestreich und Preußen, eine gemeinsame Regierung Deutschlands (inclusive Preußens) durch Oestreich und Preußen. Das heißt, in's Deutsche übersetzt, Regierung Deutschlands durch Oestreich allein; wobei Preußen allerdings verstattet ist, dabei zu sein, wie es auf eine so glorreiche Weise in Kassel in der Person des Herrn von Peucker dabei ist. — Wir verstehen unter Dualismus die Losreißung Preußens und der in seinen Rayon fallenden Staaten vom Einfluß Oestreichs. Daß dieser Gedanke, und nicht der bloß formale von der Aufrechthaltung des Constitutionalismus, der ohne staatliche Basis eine leere, lächerliche Spielerei ist, möge er auf das heilige römische Reich oder auf Hessen-Domburg angewandt werden, der *nerous rerum* ist, der uns zusammenhält, das möge unsere Partei nie aus den Augen lassen. — Uebrigens ist es noch die Frage, ob man es Preußen verstaten wird, dabei zu sein. Die Freimüthige Sachsenzeitung spricht es schon offen aus, die Executive mit dem Recht, Landesverfassungen zu suspendiren, resp. aufzuheben, müsse dem legitimen Kaiserhaus Oestreich allein übertragen werden. Hr. v. Manteuffel wird auch wohl darein willigen, wenn nur seinem König der legitime Titel eines Erzkammerers wieder zu Theil wird. Aber die Forderungen könnten dann noch weiter gehn, z. B. könnte Oestreich von Preußen wieder den Lehnsceid fordern, und dann möchte es selbst für Hrn. v. Bismark, falls er zu der Zeit im Ministerium sitzt, unbecquem sein, daß Armeen schwerer mobil zu machen sind, als Kamern.

Verlag von **F. V. Herbig**. — Redacteurs: **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.

Druck von **C. C. Albert**.